

Der Befreiung ausgesetzt

Kriegsende Ist den Deutschen der Faschismus am 8. Mai 1945 nur weggenommen worden?

■ Daniela Dahn

Einst bildeten die UdSSR und die Westalliierten eine Art antifaschistische Wertegemeinschaft – im Krieg, in der Moskauer Deklaration von 1943, wie auch im Londoner Statut, der Rechtsgrundlage für die Nürnberger Prozesse. Nachdem die Deutschen es selbst nicht geschafft haben, sind sie vor 75 Jahren von außen vom Faschismus befreit worden. Die Hauptlast trug die Rote Armee, was in bundesdeutschen Medien und Schulbüchern lange unerwähnt blieb. Allein in der Schlacht um Berlin haben 73.000 Rotarmisten ihr Leben verloren. Junge Kerle und hohe Generäle, auch Frauen. Doch von Ideologie zu befreien, ist noch schwerer. Auch wenn der deutsche Angriff auf die Sowjetvölker mehr als doppelt so viele Menschenleben ausgelöscht hat wie im übrigen Europa – der völkische Geist, antisemitische und antislawische Einstellungen sind bis heute teilweise tief verwurzelt. Die Deutschen sind vom Faschismus nicht befreit worden, sagten mir nach der Wende jüdische Freunde, er ist ihnen nur weggenommen worden.

Das Wegnehmen lief im russisch besetzten Osten Deutschlands drastischer. Hier hatte in hoher Regierungsverantwortung kein Nazi eine Chance, es wurden doppelt so viele Kriegsverbrecher verurteilt wie im Westen, obwohl sich dahin die meisten geflüchtet hatten. Der besonders NS-verbundene ostelbische Landadel und die zu Diensten gewesenen Banken und Großindustrien wurden enteignet. Die Geschichtsbücher waren vom ersten Tag an konsequent antifaschistisch. Offensichtlich belastete Lehrer wurden gegen eine ganze Generation von „Neulehrern“ ausgetauscht. Die übrigen Mitläufer oder kleinen, in Ausnahmen auch mittleren NS-Funktionäre hatten unter dem Schutzschirm des Antifaschismus unausgesprochen, aber überprüfbar zu versprechen, nie wieder auf die faschistischen Verirrungen zurückzukommen. Damit konnten sie leben, viele hatten Schlimmeres erwartet. Andere Verordnungen sind weniger widerspruchlos hingenommen worden.

Die Volkskammer beschloss schon 1950, den 8. Mai als „Tag der Befreiung“ in der DDR zum gesetzlichen Feiertag zu erklären. In der BRD brauchte es bekanntlich weitere 35 Jahre, bis ein Richard von Weizsäcker in seiner berühmten Bundestagsrede diese Lesart empfahl. Gar einen Feiertag vorzuschlagen, lag jenseits von allem Denk- und Wünschbaren. Selbst wenn die 39. UN-Vollversammlung 1985 gleichzeitig, zum 40. Jahrestag des Kriegsendes, auf Vorschlag der DDR, den 8. und 9. Mai zu Ehrentagen des Sieges über Nazismus und Faschismus im Zweiten Weltkrieg und des Kampfes gegen neofaschistische Erscheinungen erklärt hat. Für einen solchen Ehrenstag hätte die staatliche Traditionspflege erstmalig in der

Der „Tag der Befreiung“ als Feiertag auch in der BRD? Das war undenkbar

Bundesrepublik mit allen NS-Hinterlassenschaften brechen müssen – was sie bis heute nicht getan hat. Dafür sorgte schon der „totalitäre Antikommunismus“, den Günter Gaus seinen Landsleuten oft beschienigte. Der Antifaschismus war mit Beginn des Kalten Krieges Staatsdoktrin, gerade durch den McCarthyismus der USA. In Westdeutschland war er das, was man nicht nur ungestraft, sondern mit breitem Konsens aus dem Faschismus übernehmen durfte.

Im Lichte der Bedrohungsszenarien des Kalten Krieges wurde 1949 die NATO gegründet, mit dem einzigen Ziel, den Kommunismus zu bekämpfen. Bundesdeutsche



Für westdeutsche Schulbücher war der russische Soldat meist ein Schreckgespenst

Schulbücher der 1950er und 1960er Jahre verbreiteten Furcht und Schrecken vor dem aggressiven russischen Bären, aber nahmen sich auch die angloamerikanischen Sieger vor. So wird im *Geschichtlichen Unterrichtswerk für die Oberstufe* (Blutenburg-Verlag, München 1954) den Westmächten vorgeworfen, dass sie den Faschismus, nicht die Sowjetunion als „immer gefährlicher werdenden Störfaktor, der national-slavische und international-kommunistische Ziele verfocht“, bekämpften. Stattdessen hätten sich Churchill und Roosevelt 1943 in Casablanca auf die bedingungslose Kapitulation Deutschlands geeinigt. „Noch entmutigender für jeden deutschen Vaterlandsfreund“

war in dem Geschichtsbuch der Morgenthau-Plan, der die „völlige Vernichtung der deutschen Industrie“ nach 1945 vorsah. Damit sei „aus dem Hitler-Krieg wie von selbst ein deutscher nationaler Verteidigungskampf“ geworden. So also schrieb man einen Raub- und Vernichtungskrieg wie von selbst in Verteidigung um.

Diese Geschichtsschreibung wird im *Grundriss der Geschichte für die Höheren Schulen* (Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1964) fortgesetzt. Dort wird der Sowjetunion, als habe es den Zweiten Weltkrieg und all die Verbrechen von Wehrmacht und SS nie gegeben, ein „argwöhnisches Sicherheitsbedürfnis“ angelastet. Das habe dazu geführt, dass die UdSSR – „trotz radikaler Abrüstung der Westmächte (so, so D.D.) – bereits 1945 ein riesiges Rüstungsprogramm in Angriff nahm“. (Wenn das sofort nach Kriegsende möglich war, waren die Verheerungen vor allem in Belarus, Russland und der Ukraine wohl nicht so schlimm.) In den ersten Nachkriegsjahren zeichnete sich dann laut Lehrbuch „der globale Sieg der Weltrevolution drohend ab“. Und diese würde dem Faschismus in nichts nachstehen! In ihrem empfehlenswerten Buch *Von den Deutschen lernen* schreibt Susan Neiman: „Je übler die Bolschewiki heute erscheinen, desto besser sehen die Nazis im Rückblick aus. Wenn Faschismus und Kommunismus dasselbe sind, haben Vater und Großvater nicht doch das Böse bekämpft?“

Nach 1989 war das einstige Feindbild plötzlich abhandengekommen. Doch die Chance für ein gemeinsames Sicherheitssystem von Lissabon bis Wladiwostok wurde vertan. Der sang- und klanglose Abgang des Warschauer Pakts hat nicht den ewigen Frieden gebracht. Seit sich keine feindlichen Blöcke mehr gegenüberstehen, sind die Rüstungsausgaben weltweit um 80 Prozent gestiegen, der Krieg ist als Instrument der Politik zurückgekehrt. Doch keine einzige „humanitäre Intervention“ hat Humanität gebracht. Dafür beträgt der Gewinn des internationalen Waffenhandels so viel wie das Einkommen der halben Weltbevölkerung. Zumindest diese Hälfte ist sicher dagegen – aber welchen Einfluss hat sie?

Am 8. Mai 2015 erlebten wir, wie sich die Bundesregierung wegen Putins trickreicher Zurücknahme der Krim, die die Rote Armee 1944 von der Wehrmacht zurückerobert und Chruschtschow der Ukraine später schlicht geschenkt hatte, nicht nur um den symbolischen Dank drückte, sondern Sanktionen und Boykott auch noch mit pädagogischem Eifer präsentierte: Benehmt

euch gefälligst so, dass ihr unsere Wertschätzung verdient. Dass „den Deutschen die Erfahrung der schuldbeladenen Vergangenheit nicht verloren gehen dürfe“, wie Bundespräsident Steinmeier forderte, musste bezweifelt werden.

Zum 75. Jahrestag der Befreiung werden die Gedenkfeiern nun ins Virtuelle verlegt.

Aus Sicherheitsgründen. Kurz zuvor hatte noch das größte NATO-Manöver der letzten Jahrzehnte begonnen, das massenhaft Waffen und Soldaten einflieg, gegen jegliche Bedrohung. „Defender“ bedeutete, mehrere Tausend Kilometer an die russische Grenze zu rollen, um dort abzuschrecken. Ein Marsch von 28 Staaten gen Osten – was



ZUM 8. MAI 2020, DEM 75. JAHRESTAG DES KRIEGSENDES

In diesem Jahr stoppte CORONA weitgehend das NATO-Militärmanöver DEFENDER 2020, angekündigt als das größte Manöver seit 25 Jahren. Deutschland sollte hier auf Grund seiner geostrategischen Lage eine zentrale Rolle spielen.

Wer oder Was stoppt nun künftige NATO-Militärmanöver in Mitteleuropa Richtung Russland? Das fragen wir **Kriegskinder**, die sich vor 40 Jahren in Berlin der damals gerade gegründeten Initiative FRAUEN FÜR DEN FRIEDEN angeschlossen haben, einer autonomen Frauenfriedensbewegung.

Heute sagen wir wieder: Wir fühlen uns durch diese „Sicherheitslogik“ der NATO nicht beschützt, sondern sind empört über diese Provokation! Wir wollen eine „Friedenslogik“, die auf gegenseitigem Vertrauen beruht!

Müssen wir zulassen, dass wieder Panzer auf deutschen Straßen gen Osten rollen? Ist vergessen, dass Deutschland 1941 einen Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion begann, mit Verbrechen wie dem Hunger- und Kältetod von 3,3 Millionen sowjetischen Soldaten in deutscher Kriegsgefangenschaft und einer 872 Tage dauernden Belagerung von Leningrad mit über einer Million Hungertoten? Das Ende dieses Krieges jährt sich nun zum 75. Mal.

Deshalb wollen wir, dass heute unsere Stimmen – besonders von den Menschen in Russland – gehört werden.

Gegen die friedenspolitische Gedächtnislosigkeit: Mut zum Rückblick! Michail Gorbatschow hat immer wieder betont, dass die Stimmen der Friedensbewegung in Moskau gehört wurden und ihn ermutigten, mit **Perestroika** und **Glasnost** zu beginnen und ein **NEUES DENKEN** anzustoßen. Seine Friedensphilosophie schuf letztlich die Voraussetzungen für den Fall der Berliner Mauer.

In diesem Chor der Friedensstimmen waren auch unsere dabei!

Gorbatschow hatte klare Vorstellungen für das **„Gemeinsame Haus Europa“**, für eine EUROPÄISCHE FRIEDENSORDNUNG und die Rolle, die dabei die **KSZE** (seit 1994: **OSZE**) spielen sollte. Für unakzeptabel hielt **Gorbatschow** die Ausdehnung der NATO nach Osten.

Die US-amerikanische Historikerin **Mary Elise Sarotte** deckte auf, dass bereits **1990** im Rahmen der **„2 plus 4“ Verhandlungen** Gorbatschow in dem Glauben gelassen wurde, eine NATO-Osterweiterung würde es nicht geben. In der **NEW YORK TIMES** vom 30. November 2009 schrieb sie: „In summary, Gorbachev had listened to Baker (damaliger US-Außenminister) and Kohl suggested to him for two days in a row that NATO jurisdiction would not move eastward, and so at the end he agreed to let **GERMANY UNIFY**.“ Im Tagesspiegel vom 13. Oktober 2019 wiederholte dieselbe Autorin diesen Sachverhalt unter der Überschrift: „Wir haben uns durchgesetzt, sie nicht“, einem Zitat von US-Präsident **Bush** von 1990. In der Folge wuchs in der damaligen Sowjetunion das Misstrauen gegenüber **Gorbatschow**. 1991 wurde sein Schicksal besiegelt.

Uns quält die Frage: Sollte die deutsche Wiedervereinigung – so wie alles gelaufen ist – eine EUROPÄISCHE FRIEDENSARCHITEKTUR verhindert haben? In Deutschland befinden sich mehrere wichtige US-amerikanische Militärstützpunkte. Bei den meisten der US Militäreinsätze geht Krieg von deutschem Boden aus...

für eine überflüssige Drohgebärde, welch verheerender Beitrag zu Klimakatastrophe und Ressourcenverschwendung. Über eine Billion Dollar gibt die NATO jährlich für Rüstung und solchen Unfug aus – „hirntot“ hieß die Diagnose von Präsident **Macron**, „eine verbliebene Institution des Kalten Krieges, im Denken und im Herzen“, die von Russlands Außenminister **Lawrow**.

Plötzlich tauchte ein unsichtbarer Feind auf, der unter jedem Radar hindurchflog, sich von nichts abschrecken ließ und das öffentliche Leben auf dem Globus lahmlegte. Schwer bewaffnete Soldaten traten kleinlaut die Heimreise an. Kriegsschiffe drehten unverrichteter Dinge auf dem Atlantik um. Blamabler ließ sich ein falsches Konzept von Sicherheit nicht vorführen. Das Leben auf dem Globus ist wahrlich von anderen Gefahren bedroht als von Russland, nämlich von Pandemien, Klimaveränderung, Armut, Bürgerkriegen, Fluchtbewegungen, auch Flucht in Faschismus.

Wir sollten nicht darauf hoffen, wieder mit dem Preis von Abermillionen Toten befreit zu werden. Sicherheit, also Leben in Frieden, betrifft alle so existenziell, dass man sie nicht den Politikern oder gar Militärs überlassen kann. „Die größte Bedrohung für die Sicherheit ist das politische Establishment“, warnte UN-Generalsekretär **Guterres** auf der Münchner Sicherheitskonferenz. Es geht nicht darum, Krieg zu gewinnen. Der Friede muss gewonnen werden.

ANZEIGE

Auch Atomwaffen sind hier noch gelagert. Die Bundesregierung verweigert trotz eines parteiübergreifenden Beschlusses des Bundestages im Jahr 2010, sich dafür einzusetzen, dass die Atomwaffen aus Büchel abgezogen werden. Sie unterzeichnet auch nicht den UN-Atomwaffenvertragsvertrag von 2017. Bereits im November 1990 in Berlin auf der KSZE DER FRAUEN benannte die Friedensforscherin **Prof. Hanne-Margret Birckenbach** prophetisch den Bedeutungsverlust der KSZE, ihre Unterordnung unter die NATO-Politik: Ob Europa eine gewaltfreie oder eine „militarisierte Zukunft“ haben werde? Ihr Appell richtete sich an uns Frauen, sich einzumischen...

Wir erinnern uns: Aber unsere Aufmerksamkeit richtete sich schon stark auf den 2. Golfkrieg (1990/91). Der Triumph des kapitalistischen Westens gewährte nun alle Freiräume, sodass die Bush-Regierung Militäroperationen führen konnte, ohne Gefahr, einen 3. Weltkrieg auszulösen. Die Kontrolle über das Öl in der Golfregion konnte beginnen und behinderte damit auch, dass in der NEW WORLD ORDER ernsthaft mit dem Klimawandel umgegangen wurde. In RIO 1992 hintertrieb Washington, laut dem späteren US-Vizepräsident **Al Gore**, verbindliche Verträge zu CO₂-Emissionen. Erst kürzlich sprach der ehemalige Umweltminister **Klaus Töpfer** vom „großen Widerstand der USA“ gegen das „Vorsorgeprinzip gegen den Klimawandel“ auf dieser UN-Konferenz.

Zurück zu DEFENDER 2020 und das gilt für alle Militärmanöver: Die Kräfte, die in die Logistik und Finanzierung eines solchen Militärmanövers fließen, würden dringendst gebraucht für die Bewältigung der Klimakrise, damit unsere MUTTER ERDE bewohnbar bleibt. Schon im Rahmen der Vorbereitungen auf RIO 1992 unterstützten wir den Vorschlag der US-amerikanischen Umweltaktivistinnen, nationale Armeen **umzuwandeln** in „environmental protection corps“, die Schäden von natürlichen und von Menschen gemachten Desastern beseitigen. Eine hochaktuelle, berechnete Forderung!

Bei Militärmanövern aber findet genau das Gegenteil statt: Sie sind zerstörerisch, kostspielig, sie sind KLIMAKILLER!

Wie auch immer man die innenpolitische Situation in Russland und seine Außenpolitik bewertet: Es ist an der Zeit, den Dialog mit Russland zu beginnen – im Rahmen der OSZE z.B. –, die Konfrontation zu überwinden, die Themen **Abrüstung** und **Klima** zusammenzubringen. Die Bewältigung der globalen Klimakrise kann nur durch **Kooperation** gelingen. Die Zeit ist günstig, denn im September 2019 schloss sich die russische Regierung dem Pariser Klimaschutzabkommen an. Präsident **Putin** wandte sich kurz vor Weihnachten mit deutlichen Worten an seine Landsleute. „Wir müssen alles tun, was wir können, um den Klimawandel zu stoppen.“ 11 Millionen Hektar Wald waren in Sibirien verbrannt, auftauende Permafrostböden bedrohen Städte im Osten.

Worauf warten wir noch? DIALOG statt MILITÄRMANÖVER!

Holen wir Versäumtes nach: Schaffen wir eine **EUROPÄISCHE ORDNUNG FÜR FRIEDEN UND KLIMASCHUTZ!** Wir fordern dazu transparente Verhandlungen und wünschen uns eine wachsame FRIDAYS FOR FUTURE-Bewegung, die alle Verhandlungen und Ergebnisse kritisch begleitet.

Ganz aktuell: **CORONA erzwingt weitgehend das Ende eines Manövers – möge es der Beginn eines neuen Denkens sein** auch im Sinne von **Michail Gorbatschow**, des Friedensnobelpreisträgers von 1990, und seinen Zukunftsvisionen...

Das wünschen wir **Kriegskinder** uns für die Zukunft unserer **Enkel- und Urenkelkinder!**
Frauen.fuer.den.Frieden@gmx.de

Dagmar Grauhan, Erika Hinze, Hildegard von Meier, Gisela Richter, Dr. Karin Ritter-Pichl, Irmgard Scharmann, Heide Schütz, Fridburg Thiele, Marianne Tilch